Zivilabteilung Gerichtspräsidentin

Effingerstrasse 34 3008 Bern Telefon 031 635 46 00 Fax 031 634 50 65 (in Betrieb bis 31.12.2025) regionalgericht-zivil.bern@justice.be.ch www.justice.be.ch/regionalgerichte

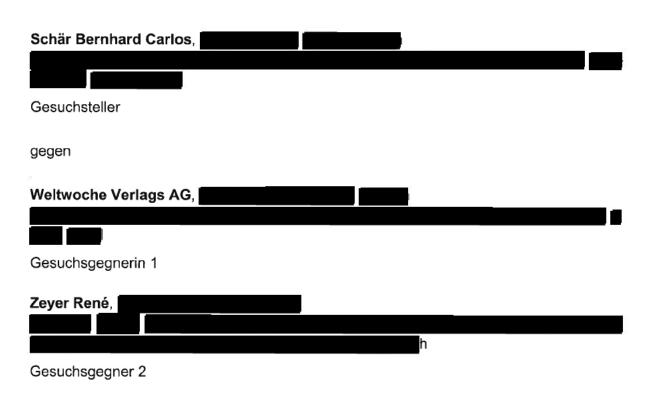
## Entscheid

CIV 25 5490 SCL

Bern, 25. November 2025

Gerichtspräsidentin
Gerichtsschreiber

Zivilverfahren



betreffend Persönlichkeitsschutz/Datenschutz

# Die Gerichtspräsidentin entscheidet:

 Die Eingabe des Gesuchstellers vom 11. November 2025 ist gleichentags beim Regionalgericht Bern-Mittelland eingegangen. Jeweils ein Doppel geht an die gesuchsgegnerischen Parteien.



- Der Antrag des Gesuchsgegners 2 betreffend Edition des Gutachtens von Dr. Marin Illi beim Gesuchsteller wird abgewiesen.
- 3. Die gesuchsgegnerischen Parteien werden angewiesen, im Artikel «Der peinlichste Professor der Schweiz: Bernhard Carlos Schär hat ein 124-Seiten-Gutachten zur Entfernung des 'Mohrs' geschrieben, ohne das Wort auch nur ein einziges Mal zu schreiben», publiziert am 15. September 2025 auf dem Online-Portal «weltwoche.ch», innert zwei Arbeitstagen ab Zustellung dieses Entscheids folgende Passagen (fettgedruckt) zu löschen:
  - «Der peinlichste Professor der Schweiz» (Titel)
  - «Peinliches Paradebeispiel dafür ist Bernhard Carlos Schär» (4. Absatz)
- Der Gesuchsgegner 2 wird angewiesen, im Artikel «Wumms: Bernhard C. Schär», publiziert am 15. September 2025 auf dem Online-Portal «www.zackbum.ch», innert zwei Arbeitstagen ab Zustellung dieses Entscheids folgende Passagen (fettgedruckt) zu löschen:
  - «Die Schande der Historikerzunft» (Subline)
  - «Peinliches Paradebeispiel dafür ist Bernhard Carlos Schär» (4. Absatz)
- Der Gesuchsgegner 2 wird angewiesen, im Artikel «Mohr und kein Ende», publiziert am 28. September 2025 auf dem Online-Portal «www.zackbum.ch», innert zwei Arbeitstagen ab Zustellung dieses Entscheids folgende Passagen (fettgedruckt) zu löschen:
  - «Professor Bernhard C. Schär, die Schande für die Historikerzunft [...] Eine Lachnummer» (1. Absatz)
- Die Anordnungen gemäss den Ziffern 3 bis 5 erfolgen unter Androhung der Straffolgen nach Art. 343 Abs. 1 lit. a ZPO i.V.m. Art. 292 StGB im Widerhandlungsfall (Busse bis CHF 10'000.00).
  - Art. 292 StGB lautet wie folgt: Wer der von einer zuständigen Behörde oder einem zuständigen Beamten unter Hinweis auf die Strafdrohung dieses Artikels an ihn erlassenen Verfügung nicht Folge leistet, wird mit Busse bestraft.
- Soweit weitergehend wird das Gesuch vom 29. September 2025 abgewiesen, soweit darauf eingetreten wird.
- Dem Gesuchsteller wird zur Anhebung des Hauptprozesses eine Frist von drei Monaten ab unbenutztem Ablauf der Rechtsmittelfrist angesetzt, verbunden mit der Androhung, dass nach unbenutztem Fristablauf die Anweisungen gemäss den Ziffern 3 bis 5 hiervor dahinfallen.
- 9. Die Gerichtskosten, bestimmt auf **CHF 1'400.00**, werden dem Gesuchsteller auferlegt und mit dem von ihm geleisteten Vorschuss verrechnet.
  - Wird keine schriftliche Begründung verlangt, reduzieren sich die Gerichtskosten auf CHF 1'150.00 und dem Gesuchsteller werden CHF 250.00 aus der Gerichtskasse zurückerstattet.

CIV 25 5490

 Der Gesuchsteller hat den gesuchsgegnerischen Parteien eine Parteientschädigung zu bezahlen. Deren Höhe wird nach Eingang der Honorarnoten
 bestimmt.

#### 11. Zu eröffnen:

den Parteien

Regionalgericht Bern-Mittelland Zivilabteilung

Gerichtspräsi

Der Gerichtsschreiber:

#### Rechtsmittelbelehrung:

Jede Partei kann innert 10 Tagen seit Zustellung dieses Dispositivs eine schriftliche Begründung verlangen. Wird keine Begründung verlangt, so gilt dies als Verzicht auf die Anfechtung des Entscheides (Art. 239 Abs. 2 ZPO). Der Fristenstillstand gemäss Art. 145 ZPO gilt nicht.

Nach Zustellung der Entscheidbegründung kann der Entscheid innert 10 Tagen mit Berufung angefochten werden. Für die Einzelheiten wird auf die Rechtsmittelbelehrung verwiesen, die der Entscheidbegründung beigefügt werden wird.

### Hinweise:

Eingaben müssen spätestens am letzten Tag der Frist beim Gericht eingereicht oder zu dessen Handen der Schweizerischen Post oder einer schweizerischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung übergeben werden (Art. 143 Abs. 1 ZPO).

Eingaben per Fax und E-Mail sind nicht rechtsgültig und haben keine fristwahrende Wirkung. Unter bestimmten Voraussetzungen können Eingaben elektronisch erfolgen. Genauere Angaben hierzu finden Sie auf der Internetseite der Berner Justiz (https://www.zsg.justice.be.ch/de/start/dienstleistungen/elektronischer-rechtsverkehr.html).

Bei Eingaben ist jeweils die Dossiernummer (CIV 25 5490) anzugeben.